

**Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am
Mittwoch, dem 18.02.2026, ab 18:00 Uhr in der Kreisverwaltung in Burg, Bahnhofstraße 9,
Haus 2, Raum 3.14**

Anwesenheit der Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Fraktion "Wir für das Jerichower Land"

Herr Torsten Kahlo
Herr Marko Simon

Fraktion AfD

Herr Gordon Köhler
Frau Anna-Lena Titze

Vertretung für Herrn Bach

Fraktion DIE LINKE

Frau Gabriele Herrmann

Ausschussvorsitzende/r

Herr André Gröpler

von der Verwaltung

Frau Karina Cleve
Frau Martina Ede
Frau Claudia Hopf-Koßmann
Herr Henry Liebe

Protokollführer/in

Frau Katrin Rexin

Vertreter Kreissenioresenrat

Karin Langner

es fehlt/ fehlen:

Landrat

Herr Dr. Steffen Burchhardt

entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Andreas Hille

entschuldigt

Fraktion AfD

Herr Raimond Bach

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Thomas Röglin
Frau Claudia Schöning
Frau Ines Schrader

Beigeordneter

Herr Stefan Dreßler

entschuldigt

Herr Dr. Henning Preisler

entschuldigt

von der Verwaltung

Herr Stephan Rauhut

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2025 - öffentlicher Teil -
5. Auswertung Arbeitsmarktprogramm
6. Berichterstattung zum Landesnotarztgutachten und die Auswirkungen für den Landkreis Jerichower Land
7. Haushaltsplan 2026
8. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
9. Anfragen und Anregungen
10. Schließen des öffentlichen Teils
14. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
15. Schließen der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Ebenso wird bei Anwesenheit von 6 beschließenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit festgestellt.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vorliegen.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen und keine Gäste anwesend sind.

TOP 4

Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2025 - öffentlicher Teil -

Der Ausschussvorsitzende bittet um die Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Ausschusssitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 29.10.2025.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass keine Einwände gegen diese Niederschrift vorliegen und bittet um Abstimmung. Der Ausschuss beschließt die Niederschrift mit.

Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 5

Auswertung Arbeitsmarktprogramm

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Weidel, Geschäftsführer des Jobcenters Jerichower Land, und bittet ihn, die Auswertung der laufenden Arbeitsmarktprogramme im Jerichower Land vorzustellen.

Herr Weidel bedankt sich für die Einladung. Er gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1) einen Überblick über die im Jerichower Land umgesetzten Arbeitsmarktprogramme.

Er erläutert die Struktur des Jobcenters sowie die aktuelle Situation der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die Zielgruppe besteht überwiegend aus langzeitarbeitslosen Personen mit teilweise komplexen Vermittlungshemmnissen.

Im Rahmen der durch das Land Sachsen-Anhalt geförderten Programme werden im Landkreis insbesondere die Maßnahmen Aktive Eingliederung, Familienintegrationscoaches, STABIL, Kompetenzagentur, Jugendhilfeberatung sowie weitere Koordinierungsansätze umgesetzt.

Herr Weidel stellt dar, dass diese Programme insbesondere auf Personengruppen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf ausgerichtet sind und eine intensivere Betreuung ermöglichen. Ziel ist eine nachhaltige Integration in Ausbildung und Arbeit.

Anhand ausgewählter Kennzahlen wird die Wirksamkeit der Maßnahmen dargestellt. Die Programme werden insgesamt als sinnvoll und notwendig bewertet, insbesondere für arbeitsmarktferne Zielgruppen.

Herr Gröpler bedankt sich bei Herrn Weidel für die ausführliche Präsentation und eröffnet die Fragerunde.

Herr Simon fragt: Sie sprachen von 800 unbesetzten Stellen. Könnte man das vielleicht ein bisschen definieren, in welchem Bereich das so ist? Oder wie sieht es aus, wenn ich als Kleinstunternehmer jemanden einstelle? Gibt es Fördermöglichkeiten für Kleinstunternehmer, die sich jetzt dazu entscheiden, jemanden einzustellen?

Herr Weidel, wir haben jetzt keine Branche, die da so heraussticht. Wenn sich ein Kleinstunternehmer dafür entscheidet ist der Klassiker der sogenannte Eingliederungszuschuss.

Die praktische Konsequenz ist, dass bei der Einstellung von Personen, die einer beruflichen Eingliederung bedürfen oder langzeitarbeitslos sind, eine sechsmonatige Einarbeitungszeit berücksichtigt werden sollte. Im Vergleich zu einer direkt vergleichbaren Fachkraft kann eine solche Einarbeitungszeit für die genannte Personengruppe förderlich sein. In diesem Fall kann die Lohnzahlung für die ersten sechs Monate zu 50 Prozent gefördert werden.

Nach Abschluss der Maßnahme besteht eine Nachbeschäftigungspflicht von sechs Monaten, um eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Nach aktuellem Stand ist die Planung für circa 90 Integrationen über die Eingliederungszuschüsse erfolgt.

Herr Köhler erkundigt sich im Rahmen des Projekts "Stabil" nach den Gründen, die notwendig sind, um Jugendliche bereits in dieser Form aufzufangen, ohne dabei die Sprachkenntnisse zu bewerten.

Herr Weidel, im Wesentlichen geht es um Jugendliche, die nicht in klassischen Lernprozessen aufgewachsen sind und möglicherweise keinen Schulabschluss haben. In diesem Fall fehlt es in der Bedarfsgemeinschaft an entsprechender Kompetenz oder es ist nicht möglich, die Personengruppe zu erreichen.

Herr Gröpler fragt nach

Herr Gröpler fragt die Ausschussmitglieder, ob es noch weitere Nachfragen gibt. Dies ist nicht der Fall, er verabschiedet sich von Herrn Weidel.

TOP 6

Berichterstattung zum Landesnotarztgutachten und die Auswirkungen für den Landkreis Jerichower Land

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Ede, Amtsleiterin des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz/ Rettungswesen, und bittet sie, die Auswirkungen für den Landkreis Jerichower Land vorzustellen.

Frau Ede bedankt sich für die Einladung und wird auf Wunsch des Landrates kurz über den aktuellen Stand anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 2) über das Gutachten berichten und über die Erwartungen des Landes an die Landkreise informieren. Das genannte Gutachten ist noch nicht finalisiert, da sich im Laufe der Zeit aus Sicht der Landkreise im Rahmen der Erstellung des Gutachtens einige Unstimmigkeiten ergeben haben. Frau Ede hat dem Land bereits eine Stellungnahme über die Umsetzungsmöglichkeiten im Hinblick auf den Landkreis

Jerichower Land übermittelt. In den noch anstehenden Clustertreffen wird sie ihre Empfehlungen einbringen.

Herr Gröpler bedankt sich bei Frau Ede für die ausführliche Präsentation und eröffnet die Fragerunde.

Herr Simon bedankt sich für die Ausführung und möchte gern eine kurze Erklärung haben wer als Notarzt eingesetzt wird. Besteht ein Altersproblem?

Frau Ede die Notärzte werden von der Kassenärztlichen Versorgung gestellt. Dort können sich Ärzte melden und werden dann dementsprechend eingeplant. Das Klinikum Burg stellt an zweit Tagen generell zwei Notärzte, Freiberufler decken den Bereich Genthin und auch Gommern ab. Der Landkreis hat keinen Einfluss da rauf. Der Landkreis hat von einem Altersproblem tatsächlich noch nichts bemerken müssen, bis dato hat das immer alles über die KV gut funktioniert.

Herr Kahlo bezieht seine Frage noch einmal auf den Hinweis aus dem Gutachten das die Rettungswache in Gommern versetzt werden soll.

Frau Ede erläutert, dass es sich lediglich um einen Hinweis handelt, dem keine Beachtung geschenkt werden muss. Der Landkreis müsste, wenn es zu einer Umsetzung käme auch erst einmal ein Gutachten in Auftrag geben. Des Weiteren ist die Erstellung eines neuen Rettungsdienstbereichsplans sowie eines Kreistagsbeschlusses erforderlich. Dies ist ein komplexes Thema und richtet sich nicht nur nach den Hinweisen des Gutachtens was uns im Moment vorliegt.

Herr Gröpler fragt die Ausschussmitglieder, ob es noch weitere Nachfragen gibt. Dies ist nicht der Fall, er bedankt sich noch einmal bei Frau Ede.

TOP 7

Haushaltsplan 2026

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Liebe, um die Vorstellung des Haushaltsplan 2026 für das Gesundheitsamt.

Herr Liebe bedankt sich und beginnt mit seiner Ausführung. Das Gesundheitsamt ist für eine Vielzahl von Aufgaben zuständig. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Ausstellung von Gesundheitspässen für jede Bewirtung.

Zu den präventiven Aufgaben zählt unter anderem die Zahngesundheit.

Darüber hinaus werden weitere Projekte wie "Iss dich Fit" begleitet und derzeit auch Mikroprojekte ins Leben gerufen. Die Standards, wie die Wasserprüfung oder die Reaktion auf Hinweise, müssen von Amtswegen umgesetzt werden. Für die Finanzierung der Maßnahmen des Gesundheitsamtes werden Gelder benötigt, die auch durch verschiedene Bundes- und Landesmittel bereitgestellt werden. Ein Beispiel hierfür ist der sogenannte ÖGD-Pakt, der nach der Corona-Pandemie ins Leben gerufen wurde, um die Förderung von Personal und Technik im öffentlichen Gesundheitsdienst zu unterstützen. Davon werden aktuell vier Personalstellen im Landkreis bis Ende 2026 gefördert. Technik wurde beschafft, es wird die Digitalisierung angesehen wie z.Bsp. bei den Gesundheitspässen. Es ist nicht mehr notwendig, dass Bürger persönlich zu uns ins Amt kommen, um an einer Belehrung teilzunehmen und anschließend

eine Unterschrift zu leisten. Stattdessen können Sie sich einfach einloggen, den Film ansehen und anschließend Fragen beantworten. Wenn Fragen online richtig und vollständig beantwortet wurden, erhalten Sie eine Gebührenrechnung. Anschließend senden wir den Ausweis zu, und die Angelegenheit ist erledigt. In Bezug auf die Digitalisierung haben wir uns in dieser Hinsicht deutlich weiterentwickelt, dafür hat man sich Stufen einfallen lassen und der Landkreis liegt mittlerweile auf der mittleren Stufe. Mehr möchte ich aber nicht ins Detail gehen.

Laut den vorliegenden Informationen wird unser Gesundheitswesen weitere Fördermittel in Höhe von 550.000 Euro aus dem ÖGD-Pakt erhalten. Darüber hinaus werden Reventionsprojekte mit knapp 50.000 Euro unterstützt. Für die Jugendzahnpflege stehen 27.000 € zur Verfügung. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Rückgang erkennbar, der auf die Messzahl der Kinderzahl zurückzuführen ist. Für den Psychiatriekoordinator und für den ehrenamtlichen Patientenfürsprecher dürfen im Rahmen des Haushaltes Fördermittel in Höhe von 85.000 € eingestellt werden. Die vorangehend genannte Betrachtung bezog sich auf die Einnahmen. Die Ausgabenseite entspricht im Wesentlichen der des Vorjahres. Es wurden weniger signifikante Korrekturen vorgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine deutliche Steigerung der Kosten für die zahnärztliche Reihenuntersuchung erkennbar. Zahnärzte, die über eine eigene Praxis verfügen und regulär im Dienst sind, werden von uns mit der Aufgabe betraut, Kindergärten und Schulen zu besuchen und dort Untersuchungen durchzuführen. Aufgrund der gestiegenen Honoraransprüche ist eine Anpassung des Kostenansatzes von 45.000 € auf 67.000 € erforderlich. Diese Maßnahme ist notwendig, um die Zahnärzte weiterhin für die Zusammenarbeit im Rahmen der Präventionsmaßnahmen im Jerichower Land zu gewinnen. Wie gesagt, die anderen Zahlenkolonnen sind alle dann im Annex zum Protokoll zu finden hiermit möchte ich die Ausführung zum Haushaltsplan Gesundheitsamt beenden.

Herr Gröpler bedankt sich bei Herrn Liebe für die Ausführung und fragt die Ausschussmitglieder, ob es noch weitere Nachfragen gibt. Es liegen keine Nachfragen vor.

Herr Gröpler bittet Herrn Arndt um die Vorstellung des Haushaltsplan 2026 für das Sozialamt.

Herr Arndt stellt sich als Fachbereichsleiter des Fachbereichs Soziales kurz vor und erläutert anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 3) die Haushaltsplanung des Sozialamtes für das Jahr 2026.

Er geht dabei auf die wesentlichen Leistungsbereiche ein, insbesondere die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Kosten der Unterkunft, Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie die Hilfe zur Gesundheit.

Der Vortrag konzentriert sich auf die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sowie deren Ursachen. Herr Arndt erläutert, dass die Aufwendungen im Sozialbereich maßgeblich durch gesetzliche Rahmenbedingungen, Fallzahlenentwicklungen sowie externe Faktoren wie Miet- und Kostenentwicklungen beeinflusst werden.

Besonders hervorgehoben wird die Entwicklung im Bereich der Kosten der Unterkunft sowie der Hilfe zur Gesundheit, die durch fallzahlabhängige und einzelfallbezogene Kostenentwicklungen geprägt sind.

Insgesamt wird deutlich, dass es sich im Sozialbereich überwiegend um gesetzlich gebundene Pflichtaufgaben mit nur begrenzter Steuerungsmöglichkeit handelt.

Herr Gröpler bedankt sich bei Herrn Liebe für die Ausführung und fragt die Ausschussmitglieder, ob es noch weitere Nachfragen gibt.

Herr Kahlo die aktuelle Prognose bei dem Krankenversicherungsschutz deutet auf eine signifikante Erhöhung hin. An welcher Richtlinie orientiert man sich in diesem Fall?

Herr Arndt wir haben eine Analyse der Vorjahre durchgeführt, um eine Prognose zu erstellen. Wie bereits besprochen, hatten wir in der jüngeren Vergangenheit einen Fall, der mit hohen Kosten verbunden war. Aufgrund der zuvor erstellten Prognosen wurde dieser Ansatz gewählt. Schlussendlich ist es immer eine Frage der Planung. Wir sind uns der zeitlichen Dauer der Behandlung nicht bewusst. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass sich der Zustand verschlimmert, wenn die Behandlung nicht abgeschlossen wird. Die mathematische Hochrechnung liefert diese Zahlen.

Herr Gröpler was für eine Bevölkerungsgruppe steckt dahinter?

Herr Arndt das betrifft auf den Krankenschutz bezogen alle Leistungsberechtigten bei uns, Dauer- und Vollerwerbsminderte, Altersrentner die nicht krankenversichert sind über die Rente, aber auch Ukrainer die sich in Altersrente befinden.

Herr Simon ist das ähnlich wie bei einer Privatkrankenversicherung?

Herr Arndt was die Abrechnung betrifft ja, aber der Leistungsumfang ist ein anderer.

Herr Simon fragt wie viele Leistungsberechtigte es denn wären und ob man den Status mal aufschlüsseln könnte?

Herr Arndt wir werden eine Zuarbeit in der Niederschrift anfügen. (siehe Anlage)

Herr Gröpler fragt die Ausschussmitglieder, ob es noch weitere Nachfragen gibt. Dies ist nicht der Fall, er bedankt sich noch einmal bei Herr Arndt für die ausführliche Präsentation.

TOP 8

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Herr Liebe teilt mit, dass es von Seiten des Landrates keine Neuigkeiten gibt.

TOP 9

Anfragen und Anregungen

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass keine Anfragen und Anregungen vorliegen.

TOP 10

Schließen des öffentlichen Teils

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:39 Uhr.

TOP 14

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass im nicht öffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst wurden.

TOP 15

Schließen der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 19:49 Uhr.

André Gröpler
Vorsitzende/r

Katrin Rexin
Protokollführer/in